

In eigener Sache

Die AZ wächst – helfen Sie mit, damit das so bleibt.

Frühling: Die Zeit der Geschäftsberichte, Bilanzen und Erfolgsrechnungen. Und für Zeitungen: Die Zeit der Publikation von Zahlen zur Auflage. Während andere Medien ihre Zahlen schon vermeldet haben, steht bei der AZ die offizielle Bestätigung der Auflage noch bevor. Aus aktuellem Anlass möchten wir Ihnen eine für die Redaktion besonders wichtige Zahl aber nicht vorenthalten: 4,7 Prozent.

Um diesen Wert ist die Anzahl der Jahresabos bei der AZ innerhalb eines Jahres gestiegen. Und mit dem Talon, der dieser Ausgabe beiliegt, haben Sie die Möglichkeit, dieses Wachstum weiter zu fördern: Nennen Sie uns bis zu vier Namen von Bekannten, denen Sie die AZ vier Wochen lang schenken wollen. Automatische Aboverlängerungen sind unsympathisch und nicht unser Stil – stattdessen werden wir die Beschenkten nach vier Wochen fragen, ob sie gluschtig geworden sind auf ein Abo. Danke für Ihre Hilfe! **mg.**

Was weiter geschah

Die strengen Vorschriften für Geflügelhalter gegen die Vogelgrippe (siehe AZ vom 4. Februar) sind in Schaffhausen seit Mitte März wieder aufgehoben. Bei unseren nördlichen Nachbarn ist die Seuche noch längst nicht überstanden. Jüngst hat ein Zuchtbetrieb anscheinend das ganze Land mit infizierten Hennen beliefert. Auch in Baden-Württemberg sind womöglich bis zu 60 Betriebe betroffen. **Imi.**

Impressum

Schaffhauser AZ

Die unabhängige Wochenzeitung

Webergasse 39
Postfach 57
8201 Schaffhausen

Redaktionsleitung

Mattias Greuter (mg.)
Marlon Rusch (mr.)

Redaktion

Mascha Hübscher (mh.,
Praktikum), Doerte Letzmann (dl.), Nora Leutert (nl.), Luca Miozzari (lmi.), Fanny Nussbaumer (fn.), Jimmy Sauter (js.)

Fotografie

Peter Pfister (pp.)

Kontakt

052 633 08 33
redaktion@shaz.ch
www.shaz.ch

Verlag

Bernhard Ott
verlag@shaz.ch

Inserate

Sibylle Tschirky
inserate@shaz.ch

Abonnieren

Probeabo (3 M.): 35 Fr.
1 Jahr: 185 Fr.
1 Jahr Soli-Abo: 250 Fr.
abo@shaz.ch

Kommentar

Verlieren will gelernt sein



Volkswillen missachten in drei Schritten: SVP und FDP zeigen, wie das geht.
Von **Mattias Greuter**

Anonyme Parteispenden und geheime Kampagnenkassen müssen der Vergangenheit angehören – das ist keine Meinung, sondern der klare Wille der Stimmbevölkerung, die vor mehr als einem Jahr der Transparenzinitiative deutlich zustimmte.

Die Umsetzung wird komplex, wie der Entwurf des Transparenzgesetzes zeigt – aber sie ist Pflicht.

Stattdessen unternehmen diejenigen Parteien, die an der Urne für ihr Recht auf Intransparenz gekämpft und verloren haben, einen fast schon beispiellosen Effort zur Verwässerung und versuchen, das Gesetz möglichst wirkungslos zu machen.

Erster Schritt: Die Schattenkasse.

Nicht nur die Juso war ab Abstimmungssonntag im Februar 2020 empört, als SVP-Präsident Walter Hotz direkt nach Bekanntgabe der Resultate ankündigte, seine Partei werde einfach einen Verein ins Leben rufen, der künftig als Geldschleuse die Anonymität der Spenderinnen und Spender garantieren würde. Abgesehen davon, dass dieser Schlaumeiertrick rechtlich nicht funktionieren dürfte, war seine Ankündigung schamlos und demokratiefeindlich.

Zweiter Schritt: Zähne ziehen.

Politische Spenden einer Privatperson müssen offengelegt werden, wenn sie 3000 Franken im Jahr übersteigen – das hat die Stimmbevölkerung beschlossen. Die SVP fordert in der Vernehmlassung aber eine Freigrenze von 15 000 Franken. Niemand weiss genauer als die sogenannte Volkspartei, dass Spenden in dieser Höhe sehr selten sind. Mit anderen Worten: Sie will fast alle Spenderinnen und Spender von der Transparenz ausklammern.

Weiter findet die SVP auch, wenn eine politische Organisation für einen Wahl- oder Abstimmungskampf insgesamt weniger als 20 000 Franken ausgibt,

geht das Budget niemanden etwas an. In Schaffhausen sind schon mit weniger Geld Abstimmungen gewonnen und Stadträte gewählt worden. Auch hier kämpft die SVP für weniger Transparenz im Interesse ihrer reichen Klientel und ihrer eigenen Kasse.

Die FDP geht derweil einen anderen Weg und versucht, ein riesiges Schlupfloch ins Gesetz zu schreiben: Parteispenden sollen unabhängig von ihrer Höhe geheim bleiben, wenn sie in einem Jahr erfolgen, in dem sich die Partei nicht an Wahlen oder Abstimmungen beteiligt.

Dritter Schritt: Rückgängig machen.

Die FDP hat auffallend wenige Änderungsvorschläge geschickt. Der Grund ist einfach: Sie will die Transparenzinitiative schlicht rückgängig machen. Ein Vorstoss von FDP-Kantonsrat Christian Heydecker (siehe AZ vom 4. März 2021) versucht, den Text der Initiative bis auf den letzten Buchstaben wieder aus der Verfassung zu streichen. Die SVP wird ihr dabei helfen, wie sie bereits angekündigt hat.

Die SVP ist es denn auch, die in ihrer Stellungnahme zum Transparenzgesetz scheinbeilich schreibt: «Will man mit der Veröffentlichung der Spenderinnen und Spender die gelebte Demokratie zu Grabe tragen?» Mit Verlaub: Die heutige Intransparenz ist nicht die Stärke unserer Demokratie, sondern ihre grösste Schwäche. Regelmässig wird die Schweiz dafür von der europäischen «Staatsgruppe gegen Korruption» gerügt.

Stärken, liebe SVP, hat die Schweizer Demokratie aber auch. Zum Beispiel, dass Volksentscheide akzeptiert und umgesetzt werden – auch wenn sie den Verlierern nicht passen. Oder muss jemand eine Durchsetzungsinitiative starten?